
Aussprache

Herausforderung für gewerkschaftliche Politik

(Anmerkungen zum Beitrag von
Heinze/Hinrichs/Offe/Olk in GMH 6/81)

Die gewerkschaftliche Organisation und Aktion beruht auf der Tatsache einer gemeinsamen Interessenkonstellation all jener Menschen, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, insofern lohn- oder gehaltsabhängig sind. Von Heinze/Hinrichs/Offe/Olk wird infragegestellt, „ob diese Annahme auch heute noch eine verlässliche Grundlage gewerkschaftlicher Politik sein kann, d.h. ob wir auch heute noch von einer ‚Arbeitnehmer‘-Eigenschaft einer Person auf jene vorherrschenden dominanten Interessen schließen können, die sie mit anderen Arbeitnehmern teilt“¹. Der These von den Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse, die eine Veränderung der gewerkschaftlichen Politik notwendig mache, sollen einige Bedenken entgegengestellt werden.

1. „Der Begriff der Einheitsgewerkschaft ... bezieht sich in erster Linie auf die

politisch-weltanschauliche ‚Überparteilichkeit‘“ (GMH, 336). In der Einheitsgewerkschaft sind zunächst die berufsständisch-korporativen Einstellungen weitgehend überwunden worden; anders als noch in der Weimarer Republik, wo der Unterschied von Arbeitern und Angestellten die ökonomische Realität und das Arbeits- und Sozialrecht tiefgehend prägte², haben wir in der Bundesrepublik die Interessenorganisation nach dem Status der Lohn- und Gehaltsabhängigkeit verwirklicht. Die DGB-Gewerkschaften konnten eine erneute Verfestigung der materiell-rechtlichen Sonderstellung der vielfältigen „Angestellten“-Berufe unterlaufen. Die Einheitlichkeit der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen war für die kontinentaleuropäische Arbeiterbewegung

1 Heinze/Hinrichs/Offe/Olk, Interessendifferenzierung und Gewerkschaftseinheit, Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), Heft 6/81, S. 337 ff.

2 Vgl. dazu zusammenfassend: Jürgen Kocka, Die Angestellten in der deutschen Geschichte, 1850 - 1980, Göttingen 1981.
Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus, Sozialgeschichte der Weimarer Republik, Hamburg, 1980, S. 169 ff. Zur allgemeinen Einschätzung der Gewerkschaften in der Bundesrepublik vgl.: Walter Breum u.a., Die Gewerkschaften der BRD — Mitglieder, Theorie, Politik, Hamburg 1981.

an ihren Anfängen jedoch keineswegs grundlegend.

Das zweite Merkmal der bundesrepublikanischen Einheitsgewerkschaft ist die Anerkennung des politisch-weltanschaulichen Pluralismus. Mitbedingt durch die politische Nachkriegsentwicklung haben allerdings die sozialistisch-kommunistischen Strömungen gegenüber den sozialdemokratisch und christlich orientierten Positionen deutlich an Einfluß verloren. Auch wenn den politisch-weltanschaulich geprägten Richtungsgewerkschaften anderer westeuropäischer Länder in der Vergangenheit große Erfolge nicht zu bestreiten sind, so kann dennoch kein Zweifel über den positiven Gehalt der Anerkennung des politischen Pluralismus innerhalb einer alle Formen von Lohn- und Gehaltsabhängigkeit übergreifenden Gewerkschaft bestehen, — wie schwierig und konfliktreich sich die praktische Ausgestaltung dieser Pluralität im einzelnen auch immer gestalten mag.

2. Spätestens seit 1974 gehören Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit wieder zum Alltag dieser Republik. Oberflächlich gesehen haben die meisten politisch-sozialen Kräfte sich schnell auf die Existenz einer „Sockelarbeitslosigkeit“ von etlichen hunderttausend Fällen eingestellt, wobei diese Durchschnittsziffern nur ein unvollständiges Bild von dem faktischen Ausmaß der Betroffenheit im Hinblick auf die Haushalte der Lohnabhängigen vermitteln. Generell kann nicht von einer Orientierungskrise oder gar einem „Orientierungsvakuum“ - wie Heinze u.a. dies jetzt noch steigern - im Bewußtsein der Lohnabhängigen die Rede sein. Durch empirische Studien zu Bewußtseinsformen und Einstellungen bei Arbeitern und Angestellten ist vielmehr die Gegenthese erhärtet worden, daß sich - wenn auch in widersprüchlicher Weise - eine realistischere Einschätzung und Bewertung der ökonomischen Verhältnisse und Zukunftserwartungen durchsetzt³. Selbst eine Studie der Metallarbeitgeber über die Arbeitnehmer in der Metallindustrie kam 1980 zu dem Ergebnis eines ausgesproche-

nen Interesses der Beschäftigten an politischen und wirtschaftspolitischen Fragen; daher zogen die Auftraggeber für die anstehenden verschärften Auseinandersetzungen um Rationalisierung, Arbeitslosigkeit, Wachstumsprobleme usw. die notwendige Schlußfolgerung: „Dieses große Informationsinteresse ist ernst zu nehmen und darf nicht als staatsbürgerliche Pflichtübung interpretiert werden.“⁴

Sicherlich verläuft die seit Anfang der siebziger Jahre zu verzeichnende Tendenz der Auflösung illusionären Bewußtseins und unrealistischer Einstellungen innerhalb der Belegschaften ungleichzeitig. Bei einzelnen Berufsgruppen wird die neue Situation als Verfestigung von berufsständisch-korporativen Orientierungen verarbeitet. Dennoch kann insgesamt der seit einigen Jahren ansteigende gewerkschaftliche Organisationsgrad, die größere Selbstaktivität der gewerkschaftlich orientierten Belegschaften, das steigende Interesse an gewerkschaftlichen Informationen und Bildungsveranstaltungen etc., eher auf eine gewachsene Anerkennung der gesellschaftlichen wie individuellen Notwendigkeit der Gewerkschaften zurückgeführt werden. Man sollte deshalb in der Diskussion das Mißverständnis meiden, die Formel von der „Rückbesinnung auf die eigene Kraft“ sei ausschließlich eine gewerkschaftsstrategische Losung der führenden Funktionäre, der aber keine Bewegung und Veränderung an der Basis der Organisation entspreche.

Berufsständische Lösungsversuche als Reaktion auf die Bedrohung von Arbeitsplatz und Existenz, verstärkte innergewerkschaftliche Diskussionen um Zielvorstellungen und Aktionen, das Infragestellen der überlieferten Arbeitsteilung von gewerk-

3 Vgl. dazu: C. Bierbaum u.a., *Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise*, Köln/Frankfurt 1976; Herkommer u.a., *Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften*, Hamburg 1979; von denselben Autoren zusammenfassende Aufsätze in: *GMH 7/76* und *GMH 11/79*

4 J. Bischoff/S. Herkommer, *Im Fadenkreuz* von „Gesamtmetair“, in: *Der Gewerkschafter*, November 1980

schaftlicher und politischer Aktion zur Sicherung der Arbeits- und Lebensbedingungen - dies sind alles Begleiterscheinungen von Bewußtseinsverschiebungen bei den Lohnabhängigen, die aber im ganzen augenblicklich eher auf eine Stärkung denn auf eine Auflösung der Einheitsgewerkschaft hinauslaufen.

3. In einem Teilbereich gibt es in der Tat eine „Orientierungskrise“. „Diese bei Jugendlichen zu beobachtende Skepsis gegenüber gewerkschaftlicher Organisation kann bereits ohne große Vorbehalte als Anzeichen für eine Orientierungskrise im Arbeitsbewußtsein gedeutet werden“ (GMH, 338). Der Wertwandel ist allerdings auch in der Generation der 17- bis 29jährigen keineswegs so widerspruchsfrei und eindeutig ausgeprägt, wie dies die Argumentation von Heinze u.a. nahelegt⁵. In vielen Bereichen weist die jüngere Generation gleiche Bewußtseinsstrukturen wie die ältere auf: die Grundformen der privaten Lebensverhältnisse (Familie, Freizeit etc.), die soziale Marktwirtschaft werden weithin akzeptiert; die wirtschaftliche Entwicklung wird als konstant unterstellt; die Gewerkschaften sind als notwendiger Faktor des Wirtschaftslebens anerkannt; das politische System wird im großen und ganzen noch immer als gut und entwicklungsfähig beurteilt.

In einem Sektor aber konstatieren wir nicht nur eine Abweichung gegenüber den Einstellungen der älteren Generation, sondern auch eine signifikante Verschiebung des Bewußtseins gegenüber dem Ergebnis einer vergleichbaren Untersuchung von 1973: Wollten 1973 noch 67% aller Befragten es „wirtschaftlich weiterbringen“ als die Eltern, so sind dies 1979 nur noch 49%. Die sozialen Aufstiegschancen werden deutlich skeptischer beurteilt. Furcht vor Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit ist im Bewußtsein der jüngeren Generation stark ausgeprägt. Allerdings steht auch fest, daß keine klar umrissenen Vorstellungen von den Ursachen für die deutlich gesunkenen Zukunftschancen existieren.

Die Anforderungen in Ausbildung und Beruf werden von Jugendlichen als laufend sich erhöhend beurteilt; zwar werden auch heute noch „hohe“ Anforderungen von der Mehrheit bejaht (53%), allerdings lag die Vergleichszahl 1973 noch bei 75%; gleichermaßen hat sich der Anteil der Jugendlichen, die von sehr hohen Anforderungen ausgehen und dies positiv bewerten, halbiert (1973: 48%, 1979: 24%). Ein Teil der Jugendlichen hat unter dem Druck der gestiegenen Anforderungen, der verschärften Konkurrenz innerhalb der in das Arbeitsleben übergehenden Generation und der gestiegenen Existenzunsicherheit, eine deutliche Distanzierung gegenüber bestimmten Wertorientierungen vorgenommen. Die Wünsche nach einem Ende des Konkurrenzdrucks, nach der Flucht aus den überzogenen Anforderungen, nach einer die wichtigsten individuellen Bedürfnisse garantierenden Einkommenssituation, nach größerer Identifikation mit dem Beruf und mit einer anerkannten sozialen Rolle und schließlich nach vermehrten Möglichkeiten von schöpferisch-kultureller Artikulation und Aneignung sind klar ausgeprägt.

Dieser Wertwandel läßt sich nicht auf die Formel bringen, daß die „Lohnarbeit nicht länger der selbstverständliche Knotenpunkt ist, aus dem die subjektiven Lebensperspektiven der eigentumlosen Teile der Bevölkerung hervorgehen“ (GMH, 342)! Erstens darf man den Teil der Generation, der mit der Übernahme der Werte und Normen wenig Probleme hat und zum Teil eher Züge des Oberangepaßten aufweist, nicht außer acht lassen. Zweitens ist selbst bei dem Teil der jüngeren Generation, der eine Distanzierung von Teilen der Wertorientierungen vornimmt, eine unterschiedliche Entwicklungsrichtung nicht zu übersehen; es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Zukunftslosigkeit der individuellen Existenz mit der Aktivierung und Ausbildung von reaktionä-

⁵ Vgl. Studie des IJF im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell AG, 1980: „Die Einstellung der jungen Generation zur Arbeitswelt und Wirtschaftsordnung 1979“; vgl. auch die vorangegangenen Untersuchungen.

ren Vorurteilen einhergeht⁶. Schließlich ist es theoretisch und empirisch nicht aufrechterhalten, den Anhängern von „Eigenarbeit“ und „alternativen Projekten“ durchweg eine nicht-kapitalistische Bewußtseinsverfassung zu unterstellen⁷.

4. Nach den meisten Prognosen wird der BRD für die nächsten Jahre nicht nur ein hoher „Arbeitslosensockel“ erhalten bleiben, sondern wie in anderen westeuropäischen Ländern müssen wir in kurzer Zeit mit einem drastischen Anstieg der Zahl der Beschäftigungssuchenden rechnen. Bereits für 1982 soll die Arbeitslosigkeit auf weit über 1,5 Millionen ansteigen. Es ist hinreichend bekannt, daß einige soziale Gruppierungen von dieser Entwicklung besonders stark betroffen sein werden. Ganze Sektoren der Bevölkerung werden an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt. Diese Marginalisierung stellt sowohl eine Bedrohung wie eine Herausforderung für die Gewerkschaften dar.

Die überlieferten Organisationsstrukturen nahezu aller westeuropäischen Gewerkschaften erlauben keine Integration der Beschäftigungslosen in die gewerkschaftliche Diskussion und Willensbildung. Bei arbeitslosen Berufsanfängern erweisen sich die bestehenden Strukturen als vollständig untauglich, anders als über die Medien und zufällige persönliche Verbindungen in Kontakt mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu kommen. Der britische Gewerkschaftsdachverband (TUC) hat binnen kurzem, als die Arbeitslosigkeit auf über 2,5 Millionen anstieg, fast eine Million Mitglieder verloren. Bei länger andauernder Massenarbeitslosigkeit dürften sich bei den marginalisierten Schichten gewerkschaftsfeindliche Haltungen ausbilden. So stellt Sartorius von den spanischen Arbeiterkommissionen fest: „Ich fürchte, daß der marginale Sektor - Frauen, Jugendliche, Arbeitslose - die Gewerkschaften als unfähig einschätzt, sie zu organisieren und zu mobilisieren, und sie als höhere Macht empfindet, die nur für die Reichen da ist.“⁸

Der enorme Druck auf die vorhandenen Arbeitsplätze, d.h. die Entwicklung von allen

Formen der Unterbeschäftigung und das Unterlaufen der gewerkschaftlichen Rahmenbedingungen für den Verkauf und die Anwendung der Arbeitskraft, führen rück-schlagend zu einer Verschlechterung des gesamten Lebensstandards aller Lohnabhängigen. Die Gewerkschaften müssen durch Veränderung von Organisation und Programm nicht nur auf die vielfältigen Formen der Unter- und Nichtbeschäftigung reagieren, vielmehr ist die Bekämpfung des sich breit machenden Gegensatzes von Beschäftigten und Unbeschäftigten selbst eine wesentliche Bedingung, um die Reallöhne und den Lebensstandard zu verteidigen. Alan Fisher, in diesem Jahr Vorsitzender des TUC, konstatiert, daß die Schwächung der Gewerkschaftsbewegung und der beschleunigte Abbau des Lebensstandards nicht so sehr über die tariflich ausgehandelten Geldeinkommen abläuft, als vielmehr über die rigide Kürzung in den verschiedenen Formen des Sozialeinkommens, die für das Lebensniveau gerade der marginalisierten Schichten besonders ausschlaggebend sind: „Die Gewerkschaftsmitglieder erkennen jetzt ganz allgemein zum erstenmal die Wichtigkeit des Soziallohns. Und das deshalb, weil sie seine Verminderung erfahren haben; die Verminderung des Soziallohns als Ergebnis der Regierungspolitik hinsichtlich der Dienstleistungen... Sie haben gesehen, daß bestimmte Krankenhausabteilungen geschlossen, Versorgungsbestandteile der Behinderten und Kranken reduziert... wurden, und sie haben Preisaufschläge für die Produkte von staatlichen Betrieben erfahren... Seit

6 Vgl. dazu: SINUS-Studie, „Wir sollten wieder einen Führer haben...“ Hamburg 1981

7 Vgl. zur Begründung und zur ausführlichen Erörterung dieser Bewußtseinsstrukturen: „Klassenverhältnisse und Subjekt“, in: Sozialismus — Zeitschrift für marxistische Theorie und sozialistische Politik, Heft 4/81, Hamburg

8 N. Sartorius, Alternative Gewerkschaftspraxis, in: Bischoff/Kreimer (Hrsg.), Annäherungen an den Sozialismus, Hamburg 1980, S. 177. Vgl. darin ähnliche Ausführungen von Edmond Maire, Bruno Trentin und Luciano Lama.

Vgl. ferner: Bruno Trentin, Arbeiterdemokratie, Hamburg 1978; ders., Die andere Gewerkschaft, Hamburg 1981

dem Krieg hat der Wert des Soziallohns kontinuierlich zugenommen... Wir registrieren jetzt eine Kehrtwende, daher wird die Wichtigkeit des Soziallohns erkannt, und der TUC ist sich dessen bewußter als zuvor."⁹

Die Gewerkschaften sind längst keine "Lohnmaschinen" bloß für die beschäftigten Teile der Lohnabhängigen mehr, wie in der Gewerkschaftsdiskussion immer noch verschiedentlich unterstellt wird. Allerdings weist die augenblickliche Struktur der Arbeitseinkommen und der verschiedenen Elemente des Soziallohns erhebliche Mängel auf. So würde etwa die Einführung eines gesetzlich fixierten Mindesteinkommens für Rentner, Behinderte usw. sicherlich einen großen Teil der Sozialbürokratie überflüssig machen; die Sicherung einer preislich angemessenen Wohnungsversorgung — vor allem in den großen Städten — machte verschiedene Formen der Mängelverwaltung (Berechtigungsscheine, Wohngeld) entbehrlich. Es kann also nicht darum gehen, überhaupt die Kritik an der überlieferten Form des Zusammenhangs von Arbeits- und vielfältigen Sozialeinkommen zurückzuweisen. Zugleich muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß durch Massenarbeitslosigkeit der Zusammenhang von Erwerbs- und Lebensinteressen elementar gefährdet ist. Auch für die Bundesrepublik konstatieren wir erstmals die *Stagnation* im Reallohnniveau und gleichzeitig eine bereits jetzt erhebliche Verminderung in den Formen der sozialen Transferzahlungen und öffentlichen Dienstleistungen. Gelingt es nicht, die sich andeutende Kluft zwischen den Beschäftigten und den marginalisierten Schichten der Bevölkerung zu schließen, also über eine organisatorische Veränderung der Gewerkschaften alle Arten von Beschäftigungssuchenden stärker in die gewerkschaftliche Willensbildung einzubeziehen und zugleich die programmatische Initiative für die Gestaltung der Produktions- und Lebensverhältnisse zurückzugewinnen, so wird die auch in der Bundesrepublik bereits sich andeutende Defensivposition der Gewerkschaften zu einer Minderung des Lebensstandards führen.

Es gibt heute objektive Impulse und reale Möglichkeiten für eine umfassende Strategie der Gewerkschaften und der politischen Parteien der Lohnabhängigen. Die Gewerkschaften sind keine Ersatzpartei, kein Ersatzstaat und kein Ersatz für ein gesellschaftliches Planungsamt; darin stimmen wir Streeck zu (GMH, 362ff.). Aber die Gewerkschaften sind in ihrer *faktischen* Politik längst über die Sphäre der Einkommensverteilung hinausgewachsen; die technologische Entwicklung und der rasante gesellschaftliche Strukturwandel haben den Gewerkschaften seit langem das Problem des „Wie-Produzierens“ aufgezwungen; Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, die Gefährdung des Lebensstandards und die Bedrohung der vielfältigen Formen des Sozialeinkommens zugleich, unterstreichen, daß die Gewerkschaften heute auch vor das Problem des „Was- und Für-Wen-Produzierens“ gestellt sind. Wenn die Gewerkschaften wirklich weiter „auf die eigene Kraft vertrauen“ wollen und nicht die Hoffnung erneut auf das unsichtbare Wirken der Marktkräfte und die Versprechen der politischen Parteien setzen wollen, dann müssen sie eigene gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche Lösungsvorschläge zur Überwindung von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringen.

*Joachim Bischoff/Sebastian Herkommer/
Karlheinz Maldaner*

⁹ Alan Fisher, Der Soziallohn ist der Angelpunkt, in: Sozialismus, a.a.O., Heft 3/81

Verzicht auf „Utopien“

(Erwiderung der Autoren)

Es ist nicht leicht zu erkennen, worin die „Bedenken“ von Bischoff, Herkommer und Maldaner, die sie in ihrer Replik auf unseren Aufsatz in GMH 6/81 vortragen möchten, eigentlich bestehen. Einig sind *wir* mit ihnen, daß die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft in der Vergangenheit sowohl zur Überwindung berufsständischer wie politisch-weltanschaulicher Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse beigetragen hat; die Vergangenheit war indes nicht unser Thema. Einig sind *sie* umgekehrt mit uns, daß der Zusammenhalt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung sowie ihr Anspruch, eine umfassende Interessenvertretung aller Lohnabhängigen zu sein, unter den gegenwärtigen Bedingungen des technischen Wandels und der Beschäftigungskrise durchaus auf eine harte Probe gestellt werden, welche die Gewerkschaften nur bestehen können, wenn ihnen eine Neubestimmung ihres wirtschaftlichen und politischen „Zuständigkeitsbereichs“ gelingt. Insofern sind wir ganz oder überwiegend einverstanden mit Feststellungen von Bischoff u. a. wie:

- Bei der jüngeren Generation existieren „keine klar umrissenen Vorstellungen von den Ursachen für die deutlich gesunkenen Zukunftschancen“;
- „ganze Sektoren der Bevölkerung werden an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung gedrängt. Diese Marginalisierung stellt sowohl eine Bedrohung wie eine Herausforderung für die Gewerkschaften dar“;
- für die Arbeitslosen, insbesondere die arbeitslosen Berufsanfänger „erweisen sich die bestehenden Strukturen als vollständig untauglich, ... in Kontakt mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu kommen“, und insofern bestehe die Gefahr massiver Mitgliederverluste und der Ausbildung gewerkschaftsfeindlicher Haltungen bei den marginalisierten Schichten;
- „gelingt es nicht, die sich andeutende Kluft zwischen den beschäftigten und den

marginalisierten Schichten der Bevölkerung zu schließen... und zugleich die programmatische Initiative für die Gestaltung der Produktions- und Lebensverhältnisse zurückzugewinnen, so wird (dies) zu einer Minderung des Lebensstandards“ führen, - sowie, wie wir hinzufügen würden, zu einer Verschärfung der organisationspolitischen Vereinheitlichungsprobleme der Gewerkschaften und zu verstärkten politischen Angriffen auf ihren Anspruch, für die Gesamtheit aller Lohnabhängigen legitim sprechen zu können; - die Gewerkschaften „müssen... eigene gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche Lösungsvorschläge zur Überwindung von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einbringen.“

All dies wurde in unserem Beitrag ähnlich bzw. zum Teil etwas genauer bereits ausgeführt. Weniger überzeugend finden wir hingegen die beschwichtigende, ja teilweise selbstgefällig-problemblinde Art und Weise, in der Bischoff und seine Mitautoren dann doch wieder darauf setzen, daß mit den Schwierigkeiten auch die Kräfte und Einsichten wachsen werden, die zu ihrer Überwindung erforderlich sind. An der Unhaltbarkeit dieser selbstgewissen Erwartung kommt man auch nicht dadurch vorbei, daß man, wie die Autoren der Replik, massenhaft Zensuren für „realistisches“, „illusionäres“, „widersprüchliches“, „reaktionäres“ usw. Bewußtsein austeilt. Denn alle diese Bewertungen setzen ja einen Maßstab für jenes „richtige“ Bewußtsein voraus, von dem alles andere nur abweicht oder dessen Stand noch nicht erreicht worden ist. Dieser Denkweise hatten wir entgegengehalten, daß die Maßstäbe des angeblich „realistischen“ Bewußtseins selbst ins Wanken geraten sind und daß sich demzufolge und im Rahmen der herkömmlichen Organisationsformen der Arbeiterbewegung nicht mehr ohne weiteres die dominanten Interessen und Forderungen „ableiten“ lassen, die dann zur Richtlinie für eine im Namen *aller* Arbeitnehmer vertretenen gewerkschaftspolitischen Praxis werden könnten.

Gerade die von Bischoff u. a. zitierte Shell-Studie macht ja deutlich, daß es sich bei dem Bewußtsein der Jugendlichen nicht etwa bloß um ein unzulänglich ausgebildetes und „widersprüchliches“, sondern um ein Bewußtsein handelt, in dessen Mittelpunkt ein völlig neuartiger Begriff von der richtigen Ordnung der sozialen Beziehungen und der natürlichen Lebensumwelt steht und in dem die Arbeits- und Berufssphäre eine weitaus weniger zentrale Rolle spielt als dies von der gewerkschaftlichen Organisationspraxis traditionell vorausgesetzt wird. Wir halten das Vertrauen darauf, daß sich diese Diskrepanz im Verlauf „natürlicher“ Lern- und Reifungsprozesse schon abschleifen werde, für zumindest leichtfertig und sehen unsere diesbezügliche Skepsis durch die Erfahrung bestätigt, daß die Aktivierung Jugendlicher für gewerkschaftliche Politik wegen der „anti-institutionellen“ Orientierung wachsender Teile von Jugendlichen zunehmende Probleme bereitet.

Auch was die Angestellten angeht, so gibt es wenig Grund, sich auf Vereinheitlichungserfolgen der Vergangenheit auszuruhen; denn deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad bleibt mit wachsendem Abstand hinter ihrem Anteil an der Arbeitnehmerschaft zurück, was wiederum mit dem hohen Frauenanteil unter den Angestellten in Zusammenhang stehen dürfte. Die anhaltende Beschäftigungskrise führt, gemeinsam mit der wachsenden Verschiedenartigkeit von Lebenslage, kulturellen Werten und Lebensinteressen der Arbeitnehmer, zu dem Resultat, daß die in der Vergangenheit durchaus bewährten Mechanismen der organisatorischen und ideologischen Vereinheitlichung nicht mehr greifen. Dies wiederum führt dazu, daß die Gewerkschaften nicht nur nach innen geschwächt, sondern auch nach außen angreifbar werden. Die erste und bisher einzige seriöse Studie über diesen Zusammenhang, aus der sich im übrigen konservative und reaktionäre Gewerkschaftsgegner reichlich munitionieren könnten - die Studie „Solidarität und Interesse“ des Papalekas-Schülers A. Evers, Frankfurt 1979 -, scheint jedenfalls für die beschwichtigende Argumenta-

tionsweise von Bischoff u. a. wenig Stütze zu bieten. So ist es z. B. durchaus eine offene Frage, ob den Gewerkschaften „das Problem des ‚Wie-Produzierens‘“ — und mehr noch des ‚Wer-und-für-Was-Produzierens‘“ tatsächlich einfach „aufgezwungen“ wird, oder ob man sich nicht gerade unter der Einwirkung der Krise darauf zurückzieht, dafür zu plädieren, daß „überhaupt“ produziert werde. Insofern erledigt sich auch die Frage des Wie-, Wer- und für Was-Kämpfens nicht von selbst, sondern muß neu gestellt und vor allem beantwortet werden. Schon 1972 hat auf der Arbeitstagung der IG Metall Andre Gorz einigermaßen prophetisch argumentiert: „Die Arbeiterklasse ist heutzutage viel zu differenziert, als daß ihre Einheit auf einer direkten materiellen Grundlage beruhen könnte; ihre Einigkeit muß *errichtet* werden, indem systematisch die Wurzeln der Spaltung ... angegangen werden. Unterbleibt dieses Bemühen, dann verliert die Gewerkschaft mit der Zeit die Fähigkeit zur... Zusammenfassung des Kampfes. Sie wird dann zum Spiegelbild des Zerfalls der Arbeiterklasse.“

Bei dieser Gelegenheit zwei kurze Erwiderungen auf die weitergehende, wenn auch polemischere Replik von Streeck auf unseren Beitrag (abgedruckt in Gewerkschaftliche Monatshefte 6/81, 354 ff). Sei es wegen der Flüchtigkeit seiner Lektüre unseres Beitrages, sei es aus Anhänglichkeit an ein liebgewordenes Bild von „linken“ Gewerkschaftskritikern, — jedenfalls unterstellt uns Streeck, wir hätten eine „betriebssyndikalistische“ Linie „empfohlen“, wo wir doch (S. 348) an der zitierten Stelle ausdrücklich „Zweifel (an einer solchen Strategie für) angebracht“ halten. Mit der Widerlegung des allein durch seine ungenaue Lektüre bedingten „Irrtums“ unsererseits verbringt Streeck dann — in teilweise überpointierenden, überwiegend aber einleuchtenden Argumenten die Seiten 355 bis 358. Im Anschluß daran setzt er sich mit unseren Überlegungen zu dem Problem auseinander, „den jeweils notwendigen Kompromiß zwischen Arbeitnehmer- und anderen Interessen gewerkschaftsintern vorwegzunehmen und die Integration unterschiedlicher

Partikularinteressen innerhalb einer einzigen statt zwischen verschiedenen Organisationen stattfinden zu lassen" (Streeck, 361). Hier weist er in der Tat auf ein ernstes Problem hin, dessen Ernsthaftigkeit nicht einmal dadurch gemindert wird, daß Streeck uns (oder sich selbst?) mit der Sorge zu veralbern sucht, „die traditionellen Arbeitnehmer (könnten) endgültig der kulturellen Vorherrschaft der ‚neuen Mittelschichten‘ ausgeliefert (werden).“

Dieses Problem besteht in unserer Sicht in den Maßstäben, die man anlegt, wenn man eine Position als „unrealistisch“ oder „utopisch“ disqualifiziert. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen und stimmen Streeck insofern auch ohne weiteres zu, daß unsere Vorstellung von einer gewerkschaftlichen Strategie, die sowohl die höchst heterogenen Interessen verschiedener Gruppen von Arbeitnehmern wie insbesondere die „Produzenteninteressen“ mit den an Gebrauchswerten orientierten „Konsumenten-Interessen“ vereinbaren und zusammenbinden könnte, sich gewiß nicht von heute auf morgen durch ein paar Beschlüsse und organisatorische Reformen in die Tat umsetzen lassen. Wenn man sie allerdings allein

aus diesem Grund, d. h. wegen der Schwierigkeiten, die ihrer Realisierung gegenüberstehen, aus dem Kreis der strategischen Überlegungen verbannen und als naive Gedankenspiele zurückweisen möchte, dann muß man umgekehrt schon ein solide begründetes Vertrauen in die Tragfähigkeit der bisher dominanten Organisationsmodelle und Interessendefinitionen aufbringen. An dieser Stelle würden wir allerdings — u. a. unter Berufung auf die Krisen-Szenarien, die Streeck an mehr oder weniger versteckter Stelle in einem noch unveröffentlichten Buch scharfsinnig durchdacht hat — den Spieß umkehren und der in unserem Beitrag bereits angeschnittenen Frage weiter nachgehen, wie „realistisch“ *eben dieses Vertrauen* eigentlich ist? Diese Frage stellen wir in der Annahme, daß es im schlechtesten Sinne „utopisch“ wäre, sich darauf zu verlassen, daß in der Vergangenheit bewährte Modelle für Organisation und Politik der Gewerkschaftsbewegung sich auch in der Zukunft bewähren werden, — und daß man deshalb getrost auf „Utopien“ verzichten kann.

*Rolf G. Heinze/Karl Hinrichs/
Claus Offe/Thomas Olk*